

Antrag

der Abgeordneten Razborcan, Mag. Leichtfried, Antoni, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrman, Kernstock, Kraft, Onodi, Mag. Renner, Rosenmaier, Thumpser und Vladyka

betreffend **Eintritt in Verhandlungen zum Ausbau der Wiener U-Bahn-, S-Bahn- und Straßenbahnlinien ins Wiener Umland nach NÖ**

Seit vielen Jahren wird immer wieder darüber diskutiert, Wiener U-Bahn und Straßenbahnlinien über die Stadtgrenze von Wien bis nach Niederösterreich zu verlängern.

Die Bundesländer Wien und NÖ sind ökonomisch aufs Engste miteinander verknüpft. Hunderttausende Pendler fahren täglich in der Früh zu ihrem Arbeitsplatz nach Wien und in den Abendstunden zurück an ihren Wohnort nach NÖ. Damit wälzen sich täglich enorme Autokolonnen in die Bundeshauptstadt Wien hinein und abends wieder hinaus. Verbunden mit diesen täglichen Staus ist auch eine unendliche Menge an Schadstoffausstößen. Der Autoverkehr zählt zu den wesentlichen CO₂-Emittenten. Gerade dieser CO₂-Ausstoß führt in der Folge durch das Nichterreichen der Kyotoziele und der damit für Österreich verbundenen Strafzahlungen zu negativen Folgen für den Bundeshaushalt.

Gleichzeitig stöhnen die Außenbezirke von Wien unter massiven Parkplatznöten. Parkpickerlzone und hohe Parkgebühren gehen stets zu Lasten der betroffenen Bevölkerung. Durch eine gezielte Verlängerung der Wiener U-Bahn-, S-Bahn- und Straßen-Bahnlinien in das Wiener Umland in NÖ könnten viele Pendler bereits in NÖ ins schnelle öffentliche Verkehrsnetz umsteigen, was ihnen viel Zeit und Geld und den Bewohnern der Wiener Außenbezirke viele Probleme ersparen würde.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

ANTRAG:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- 1) mit den Verantwortlichen der Stadt Wien die Verhandlungen zur Erstellung eines gemeinsamen Verkehrskonzeptes der beiden Bundesländer aufzunehmen, das auch die Verlängerung der Wiener U-Bahn- und Straßenbahnlinien beinhaltet,
- 2) die erforderlichen Mittel für diesen Investitionsschub auf Landesseite zur Verfügung zu stellen,
- 3) gleichzeitig beim Bund vorstellig zu werden, damit dieser die Förderung für die Errichtung der U-Bahninfrastruktur auch auf den städtischen Großraum ausdehnt und
- 4) bis zu einer allfälligen Fertigstellung der U-Bahnlinien bei den ÖBB zusätzliche Verkehrsdienste ins Wiener Umland, insbes. nach Purkersdorf, Schwechat, Klosterneuburg etc. zu bestellen, die als S-Bahnlinien im Viertelstundentakt geführt werden.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRSAUSSCHUSS so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 7. April 2011 möglich ist.